

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhofs (A7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhofs 3686-3698. Telegramm: Ulsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anm., mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anwerter 15 Pf.] Nr 330

MITTWOCH, 12. JULI 1933

ABEND-AUSGABE

## London jetzt an der Arbeit

Fortsetzung der Wirtschafts-Konferenz in Genf?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 12. JULI

Die Weltwirtschaftskonferenz ist heute, nachdem sie über vier Wochen in London lag, endlich so weit, um mit der tatsächlichen Arbeit zu beginnen. Die vielen Zwischenfälle und die mühsame, sommersprossige Einigung über den Arbeitsplan haben den Teilnehmern aber Energie und Geistes gewonnen, und niemand erwartet, daß die wenigen Wochen bis zur Beendigung der Konferenz noch Ergebnisse von Bedeutung bringen werden. Mit Bestimmtheit wird der 26. Juli als Beendigungstermin genannt. Man rechnet damit, daß die Konferenz im späten September wieder zusammentritt sein wird. Unlängst aber ist, ob die zweite Konferenz in London sein oder ob man nicht nach Genf umziehen wird.

Während die übrige englische Presse der Ansicht ist, daß das Konferenzbüro mit seinem Einfluß, in sämtlichen Ausfällen die Arbeiten uneingeschränkt fortzuführen, eine alle befriedigende Formel gefunden habe, um die Konferenz in

Stille belagern, haben die „Times“ ihren Optimismus bewahrt. Sie glauben, daß die ausweichende Entscheidung des Büros, daß der Währungsaußschuß sich zunächst nur mit der Frage der internationalen Verschuldung beschäftigen soll, andeute, daß das Büro mit einem baldigen Meinungsumschwung in Amerika rechne. Die Ausmaße und die Auswirkungen der Dollarsituation würden den amerikanischen Besitzbüros für eine Diskussion der Stabilisierungsfrage bald genügend machen.

Die „Times“ sperren sich überhaupt gegen den Gedanken einer Vertagung, weil sie fürchten, daß, wenn erst einmal die Verhandlungen unterbrochen werden, es nicht mehr möglich sein werde, die Konferenz wieder auf die Beine zu bringen. Sollten sich die Hoffnungen auf ein Einlenken Amerikas nicht erfüllen, so sollte man die Anregung aufzugeben, in zwei Gruppen das Währungsproblem zu behandeln. Die Anhänger des Goldstandards und die Befürworter eines neuen Währungssystems sollten unabhängig voneinander beraten und dann versuchen, ihre Feststellungen einander anzuschließen.

## Wie wir es sehen

Gestärkte Autorität der Treuhänder

Gestern waren die Treuhänder der Arbeit im Reichsarbeitsministerium versammelt, um über ihre Tätigkeit zu berichten. Die Bedeutung der Zusammenkunft wurde dadurch unterstrichen, daß auch der Reichsfinanzminister an der Konferenz teilnahm. Heute hat der preussische Ministerpräsident einen Erlaß über die Zusammenkunft der Polizei mit den Treuhändern herausgegeben. Beide Vorgänge weisen in dieselbe Richtung: die Funktion der Treuhänder wird stark herausgehoben. Sie sind die Garanten des Arbeitsfriedens. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben sind sie mit der höchsten Autorität uneingeschränkt, die Autorität des Staates. Es ist natürlich, daß ihnen auch die Werkzeuge des Staates zur Verfügung gestellt werden. In welcher Weise die Polizei die Treuhänder unterstützen soll, ist in dem Erlaß förmlich im einzelnen gesagt. Aber ungenau ist das Verhalten von Arbeitgebern, über unbegründete Forderungen und Aufzwingung von Arbeitsverträgen, über Druck von Tarifen, über ungerechtfertigte Entlassung von Arbeitnehmern soll die Polizei berichten und, wenn es nötig ist, auf Weisung der Treuhänder eingreifen. Die Betriebsleitung und der Betriebsrat bleiben die normalen Instanzen für Berichterstattung und Durchführung der Anweisungen. Für den abnormalen Fall steht die Polizei bereit. Aber es ist anzunehmen, daß es wenige Fälle geben wird.

## Die Bekanntgabe der Kirchenverfassung

Gleichhaltung der Kirchenvertretungen

Mit der Bekanntgabe des Vorlaufs des neuen evangelischen Verfassungsentwurfs ist Ende dieser Woche zu rechnen. In den Rahmenentwurf sollen auch eine Reihe von Eingestimmungen eingebracht werden, die sich besonders mit den kirchlichen Verbänden wie der Innern und Äußeren Mission beschäftigen.

Aufgabe der nächsten Monate wird die regionale Reglementierung der Kirche sein, womit die Gleichhaltung der Kirchenvertretungen verbunden werden soll. Auch die in der letzten Woche der Kirchenvertretungen zu beschließen. 75 bis 80 Prozent aus nationalsozialistischen bestehen. Das gesamte Reformwerk soll so beschleunigt werden, daß es am 10. November, dem 450. Todestag von Martin Luther, bereits völlig in Wirklichkeit sein kann. Bis dahin dürfte auch die Reichsbischofsfrage entschieden sein.

\*

Wie von maßgebender evangelischer Seite mitgeteilt wird, ist gleichzeitig mit der am Dienstag zum Abschluß gebrachten Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche ein Einführungsgebot erlassen und unterzeichnet von dem preussischen Staatskommissar Jäger, von dem Bevollmächtigten des Reichskammerpräsidenten Müller und von den Führern der deutschen Landeskirchen.

## Hindenburgs Dank an Kapler

Der Herr Reichspräsident hat an den in den Habsburg getretenen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats und des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Dr. D. Kapler, das nachstehende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ihrem Schreiben vom 1. Juli habe ich mit lebhaftem Bedauern entnommen, daß Sie aus zwingenden Gesundheitsgründen aus Ihren Ämtern als Präsident des oberpreussischen evangelischen Oberkirchenrats ausgeschieden sind. Es ist mir ein aufrichtiges Bedauern, Ihnen aus diesem Anlaß namens des Reiches sowie eigenen Namens herzlichen Dank und vollste Anerkennung auszusprechen für alles, was Sie in langjähriger, unermüdbarer Arbeit in schweren Jahren für das evangelische Reich und damit für das deutsche Vaterland geleistet haben. Ihr erfolgreiches und zähes von hohen nationalen Verantwortungsgefühlen getragenes Wirken als Präsident des oberpreussischen evangelischen Oberkirchenrats, das Sie auch in den wohlverdienten Ruhestand begleiten. Mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochachtung bin ich Ihr ergebener, von Hindenburg.

## Länderkonferenz bei Schmitt

Heute nachmittags findet im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt eine Konferenz der Wirtschaftsminister der Länder statt, in der die allgemeine Wirtschaftsfrage in Deutschland besprochen werden wird.

## Die Auswahl der Zentrums-Hospitanten

Verhandlungen der Verbindungsmänner

Die Verbindungsmänner des Zentrums zu der NSDAP verhandeln gegenwärtig darüber, welche Zentrumsabgeordnete in das Hospitantenverzeichnis bei den nationalsozialistischen Fraktionen übergeführt werden sollen. Zunächst muß innerhalb der bisherigen Zentrumsfraktionen über diese Frage entschieden werden. Dem nationalsozialistischen Fraktionsführer im Reichstag, Dr. Fried, und dem Führer der preussischen Landesfraktion, Oberpräsident Rube, wird von Verbindungsmännern des Zentrums eine Liste derjenigen Zentrumsabgeordneten vorgelegt werden, die bei der NSDAP hospitantieren wollen.

Die Fraktionsführer Fried und Rube entscheiden dann, welche Zentrumsabgeordnete als Hospitanten zugelassen werden. In diesem Zusammenhang muß auch noch die Frage entschieden werden, ob nicht die weiblichen Mitglieder durch Mandatsverzicht Platz für die erforderliche Einnahme männlicher Abgeordneter schaffen sollen. Entsprechenden Bestimmungen des Kontrahats werden wohl die geistlichen Mitglieder der beiden Zentrumsfraktionen ihre Mandate niederlegen, so daß auch an ihre Stelle neue Abgeordnete treten. Auf diese Weise würden im Reichstag und Landtag etwa zehn Mandate umbelegt werden.

## Einlenken der Gandhi-Partei?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 12. JULI

Die indische Kongresspartei tritt heute in Puna zu einer Sitzung zusammen, an der auch Gandhi teilnehmen wird. Das Disziplinarstatut ist Abbruch oder Fortsetzung des passiven Widerstandes. Es sind starke Erörterungen in der Kongresspartei vorhanden, die für Einlenken des „bürgerlichen Ungehorsams“ sich einziehen; vor allem ist Gandhi in letzter Zeit sehr für Friedensschluß mit der Regierung eingetreten.

## Emigranten-Politik

In einem Teil der Berliner Presse wird aus einem Artikel Times' über Spalten geistigt haben. Danach hat Schönbach vom Reichsamt für Ausländerwesen, der sich von dem „Abenteurer-Gitarre“ nachziehen zu lassen. Die Welt könne die „Verheerung von Verbrechen“ nicht dulden, selbst auf Kosten eines blutigen Krieges. Solche Ausdrücke sind typische Eigenschaften der Emigranten-Mentalität. Ohne Spur eines Verhältnisses für das, was in Deutschland vorgeht, ohne Spur auch nur des Willens, die Ereignisse zu verstehen, und vor allem auch ohne das Bewußtsein, über die selbständigen und schuldhaften Fehler verurteilte Arbeit zu gewinnen, ergeht man sich in ebenso kritikunfähigen wie leeren Drogen und lebt nur so hin unzufriedenen Hoffnungen, etwas wiederzuerlangen zu sehen was unwiederbringlich dahin ist. Da kein Tag auch nur ein Anzeichen der erträumten Erfüllung bringt noch bringen kann, stirbt man täglich Hunger in Bitterkeit und Haß. All diese Dinge haben sich lautlos und im Laufe der Geschichte mangellos in grade in unserer Geschichte manifestiert und jeder über das geistige Schicksal, dem die Emigration verfallt, Erfahrungen genug sammeln. Es haben zu nichts geführt. In Deutschland selber sollte man die Ausbrüche der Emigration gelassen hinnehmen. Sie sind jetzt jenseits aus der Gegenwart datiert, aber sie stammen in Wirklichkeit aus der vergangenen Vergangenheit. Der Sorgen haben wir heute große und viele. Aber sie müssen den Lebenden gelten und nicht den Toten.

## Memel-Autonomie in Gefahr

Im das Memelland hat es — man kann nur sagen: erfreulicherweise — in der letzten Zeit etwas still geworden. Denn wenn sich die Öffentlichkeit mit auslanddeutschen Gebieten besonders beschäftigt, pflegt das leider meist schlimme Klänge zu haben. Memel war, nachdem es vor etwa zwei Jahren eine besonders heftige Attacke des litauischen Nationalismus zu bestehen hatte, dank der einflussreichen Politik des Gouverneurs Gylis und im Anschluß an den nicht unglücklichen Haager Schiedspruch ein wenig zur Ruhe gekommen. Nun aber wird gemeldet, daß Litauen nicht nur den Finanzaußschuß für das sich selbst verwaltende Memelgebiet um 20 v. H. kürzen will — was zwar im Rahmen der allgemeinen Sparpolitik liegt, Memel aber besonders hart trifft, sondern daß auch einschneidende Veränderungen im Gerichtswesen beabsichtigt sind. Diese haben prinzipielle Bedeutung, weil sie im Widerspruch stehen zu der in der internationalen Memel-Konvention festgelegten Autonomie. Deren wichtigste Gebiete sind Schule und Justiz, und wenn nun die Memeler Staatsanwaltschaft der Kommer Zentrale unterstellt, wenn ein großer Aufgabenteil der Memeler Gerichte entzogen und beispielsweise bei Vergehen gegen die Interessen des Staates ein Kommer Gerichtshof aufgestellt wird, dann müssen diese Vorläufe gegen die förmlich zugesicherte Autonomie in der Verfassung hervorgerufen. Man darf nicht vergessen, daß die Autonomie dem deutschen Memelland die Beibehaltung des deutschen

Regies ermöglicht, während in Großstädten das alte städtische Recht, das den namentlich die Memeler Deutschen in gewissen Dingen unterworfen sind. Wie wollen hoffen, die litauischen Behörden haben aus der geschlossenen Abwehrfront der Memeler gegen alle Lebensgefahr die Lehre gezogen, daß ein Staat seine volkreichen Bevölkerung nur dann als lokale Bürger gewinnen kann, wenn er ihre Rechte ohne Hinterbühne respektiert.

### Reichskirchen — Volkskirche

Noch liegt der Text der neuen Kirchenverfassung nicht vor. Mit knappen Worten wird nur die Aufgabe des Abschlusses berichtet. Am Kirchenbundesamt fand der feierliche Akt statt, der das große Reformwerk abschloß. Dort gab der Vertreter aller deutschen Landeskirchen einmütig ihr Wort. Durch den Mund des Landesbischofs Marahrens, so heißt es, verkündeten sie dann im Reichsinnenministerium die Vollendung des Verfassungswerkes. Diese Folge der Ereignisse ist nicht zufällig. Die Behauptung des Charakters der freien Volkskirche soll auch hierdurch sinnfällig gemacht werden. Nicht der Staat legt die Verfassung der Kirche auf, sondern die Kirche gibt sich die Verfassung und tut sie dem Staat fund. Als freie Volkskirche will sie auch künftig die deutschen Glaubensgenossen in aller Welt umfassen. Damit ist die Gefahr, die jenseits der Reichsgrenzen droht, hoffentlich gebannt. Man weiß, daß im Ausland die kirchliche Entwicklung der letzten Zeit wieder als ein Wille zum Staatskirchentum beurteilt wurde. Vor allem in Böhmen, Polen und Jugoslawien scheinen sich Regierungsmaßnahmen gegen die deutschen Kirchen vorzubereiten, unter dem Vorwand, daß eine Verbindung mit dem deutschen Protestantismus nicht mehr zu dulden sei. Zu derartigen Eingriffen bietet die neue Verfassung keine Handhabe. Die Grenzen der Kirche reichen bis zu den Grenzen des deutschen Volkstums. Auch ihre nationale Mission fände sie mit der ganzen Kraft des protestantischen Erbes erfüllen.

### Fährt Litwinow auch nach Rom?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 12. JULI

Wie die Botschafter aus Rom meldet, sei die feierliche Unterzeichnung des Vercorpatos für Ende Juli geplant. In italienischen Kreisen hoffe man noch immer, daß sich zu dieser Gelegenheit die Regierungen aller vier Mächte in Rom einfinden würden. Von offizieller französischer Seite wird diese Meinung zwar nicht gerade benimmt, aber doch als sehr wahrscheinlich bezeichnet, weil noch keinerlei feste Beschlüsse über die Unterzeichnung vorliegen.

Morgen, in ihrem Ministerrat, wird sich die französische Regierung übrigens mit der Frage befassen müssen, wenn sie dem Vercorpatos der Jowenell, dessen Mandat in einer Woche abläuft, als Nachfolger geben will. Diese Personalfrage ist infolge von größter Bedeutung, als Frankreich vor der Unterzeichnung des Vercorpatos noch die französisch-italienische Vereinbarung zu möglichst größtmöglicher Befriedigung fördern möchte. Der aber weiß der „Matin“ im Hinblick auf die geführte Aussprache zwischen Mussolini und der Jowenell zu berichten, daß ein freundschaftliches und verständnisvolles Verhältnis zwischen Italien und der kleinen Entente zur Verhandlung steht, der eine günstige Befriedigung hinsichtlich der abstrakten sowie der mittel-europäischen Frage darstellt.

Die Verhandlungen zwischen Italien, der Türkei und Rußland werden hier in Paris ebenfalls mit großem Interesse verfolgt. Man glaubt zu wissen, daß Litwinow Ende des Monats ebenfalls in Rom erscheinen werde. Litwinow wird ausgiebig in dem französischen Außenamt Rost auf dem Namen Ende zur Kur.

### Seidenbergs Pariser Bemühungen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 12. JULI

Zweimal hat gestern Seidenberg beim Ministerpräsidenten Dabier vorgeprochen. Über die Verhandlungen, die der Vorbereitung der zweiten Lesung des englischen Abklärungsplans auf der Ottoburgtag der Genfer Konferenz gälten, wurde von französischer amtlicher Seite nur ein kurzes Kommuniqué ausgesprochen, worin die Bereitschaft der Reichsregierungsorgane und die Verhandlungsbereitschaft Seidenbergs für die französischen Wirtschaftsfragen besonders hervorgehoben werden. Der „Petit Parisien“ hat ferner amtlichen Mitteilung nach die Erklärung hinzugefügt, daß Frankreich trotz aller Abklärungsbereitschaft an seinen Sicherheitsbedingungen unbedingt festhält und von ihrer Erfüllung seine Zustimmung zu den geplanten Abklärungsmaßnahmen abhängig macht.

### Englisch-russische Fortschritte

LONDON, 12. JULI

Die englisch-russischen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages nehmen einen sehr freudigen Verlauf. Man rechnet damit, daß der Vertrag noch in diesem Monat fertiggestellt und unterzeichnet werden kann. Die Engländer wünschen, daß der neue Vertrag eine größere Beteiligung zwischen dem russischen Einfuhrvolumen und der englischen Ausfuhr nach Rußland bringen wird. Die Russen sind bereit, in bedeutend vergrößertem Umfang ihren Bedarf in England zu decken, wenn ihnen entsprechende Kreditverleihungen gewährt werden. Ein weiterer Punkt, der noch Schwierigkeiten macht, ist eine Mobilisierung der Weibegünstigungsliste, wie sie für England durch seine Ottomane Vertragsabmachungen notwendig ist.

# Die Polizei unterstützt die Trennhänder

Ein Erlass des preussischen Ministerpräsidenten

Der preussische Ministerpräsident Göring veröffentlicht im Ministerialblatt für die innere Verwaltung einen Erlass an alle preussischen Polizeibehörden, in dem er die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit der preussischen Polizeibehörden mit den Trennhändern der Arbeit betont.

Er ordnet an, daß die Polizeibeamten gewissenhaft darüber machen, daß die von den Trennhändern der Arbeit erlassenen Anordnungen und Verfügungen reiflich durchgeführt werden. Das sei notwendig, weil den Trennhändern der Arbeit ein eigener Gesetzestab nicht zur Verfügung stehe. Die Polizeibehörden müssen nach den Bestimmungen den Trennhändern über alles berichten, was geschieht ist, den Arbeitsfrieden zu erhalten. Dazu gehört sowohl unpolitisches Verhalten von Arbeitgebern, als auch unbegleitete Vernehmung und Aufweisung der Arbeitnehmer, ebenso auch der Versuch von Zersplitterungen, die Entlassung von Arbeitern und dergleichen.

Die Berichte werden auf dem Dienstwege den Trennhändern zugeleitet.

### Befähigung und Selbstverwaltung

Ministerialrat Dr. Rauthausen, der Sachbearbeiter im preussischen Innenministerium, beschäftigt sich im Reichsreformamt mit der Sachlage bei der Befähigung der leitenden Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände in

Preußen, wie sie durch das Gesetz vom 30. Juni dieses Jahres geschaffen worden ist. Er legt dar, daß auch das neue Recht von dem Grundgedanken der Wahl der leitenden Beamten durch die Betretungsorgane der Gemeinde ausgeht. Der Gesetzgeber habe sich um das deutsch-rechtlichen Gedanken der Selbstverwaltung bekannt, deren entscheidende Lebensäußerung darin bestehe, daß sie sich ihre Spitze selbst gebe. Der nationale Staat könne aber nicht jenseits weisungsbefugter Dezentralisierung, was der Haupt der Selbstverwaltung ist, das dem liberalen oder demokratischen Denken entgegenstehe habe.

Die Mitwirkung des Staates erfolge auch weiterhin grundsätzlich in Gestalt der Befähigung. Die Grundbedingung für die Befähigungsprüfung regeln, welche Anforderungen der Staat an die befähigungswürdigen, charakterliche und fachliche Eignung der Bewerber für die einzelnen leitenden Stellen erhebe. Die Befähigungsbehörde soll sich den Bewerbern vorarbeiten und sich über Persönlichkeit und Eignung durch persönliche Befragung unterrichten. Eine wesentliche Neuerung ist, daß der in der Befähigung unterworfenen Amtswahlbehörde ein Jahr in der Befähigung einbezogen wird. Nach Ablauf dieser Befähigungszeit soll die Befähigungsbehörde die Befähigung der Bewerber, daß bei zweimaliger Befragung der Einmündung oder Befähigung für dieselbe Stelle die Befähigungsbehörde ganz allgemein das Recht erhält, diese Stelle zu belegen. Von dieser Befähigungsstelle soll in Zukunft häufiger Gebrauch gemacht werden.

### Generalwirtschaftsrat für U.S.A.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 12. JULI

Zur Vereinheitlichung des gigantischen Angebots gegen die Depression, den die Regierung der Vereinigten Staaten gegenwärtig unterwirft, hat Präsident Roosevelt einen General-Wirtschaftsrat ins Leben gerufen, dem außer den Kabinettsmitgliedern sämtliche Leiter der verschiedenen Kaufmännischen angehören.

Der Einbruch verleiht sich, daß die Regierung die Situation für kritisch hält, da einige Industriezweige immer noch mit der Auffassung der sogenannten Wirtschaftskobies (die man etwa mit den deutschen Zersplitterungen und Sozialgelehrten vergleichen kann) zurückfallen. So ist z. B. die Kunststoffe-Industrie heute besser in der Lage, den Baumwollwaren Konkurrenz zu machen, die jetzt unter den neuen Bestimmungen produziert werden. Als entscheidend für den Erfolg der Währungs-Maßnahmen wird die gleichzeitige allgemeine Durchsicht des Regierungsplans betrachtet.

Bankwirtschaftsminister Wallace hat heute an die Mitglieder von 40 Eildiensten in 25 Staaten ein Telegramm geschickt, in dem er darauf hinweist, daß die Regierung erforderlichenfalls alle ihr zur Verfügung stehende Macht anwenden werde, um eine nicht gerechtfertigte Erhöhung des Vortriebspreises zu verhindern. Die Vortriebspreise hatten stellenweise angezogen, weil eine neue Steuer von 30 Cents pro Scheffel erhoben wurde, die aber von denen getragen werden soll, die die Grundprodukte verarbeiten.

### Gerechtsreform gegen Memel

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOWNO, 12. JULI

Ein soeben veröffentlichtes Gesetz über die Neuorganisation der Gerichtsverfassung und Absetzung in Litauen bringt einschneidende Bestimmungen für das memelländische Justizwesen. Danach werden der Zuständigkeit der memelländischen Gerichte folgende Angelegenheiten entzogen: Verbrechen und Vergehen gegen das Militärdisziplinarrecht und gegen die Sicherheit des Staates, im Memelgebiet begangene Straftaten litauischer Beamten und Angehörigen, die der Gerichtsbarkeit des litauischen Kriegsgerichts unterliegen.

Nach dem neuen Gesetz unterliegen auch die memelländischen Gerichte der Aufsicht des litauischen Justizministers. Das Gesetz, das am 15. September in Kraft tritt, steht für das gesamte Justizwesen in Litauen grundlegenden Veränderungen vor. So wird eine neue Appellationskammer gebildet. Die Rechtsanwaltschaft werden nicht mehr wie bisher von der autonomen Anwaltskammer, sondern von Justizminister beauftragt. Durch dieses Gesetz verlieren in Litauen etwa 200 jüngere Anwälte ihre Zulassung, die weniger als fünf Jahre ihre Praxis ausüben.

Außerdem soll der Finanzgericht für das Memelland am 20. v. g. getilgt werden. Dieser Prozenzfall soll von dem litauischen Gesamt-Gesetz abgezogen werden; da aber der Haushalt des Memelgebietes noch nicht gebilligt ist, wird der Ausfall dort besonders schmerzlich empfunden werden.

### Fünf Todesurteile in Moskau

MOSKAU, 12. JULI

Das Moskauer Stadtgericht verhandelte gegen zwölf Angeklagte wegen angeblicher Schädigungsaktion im öffentlichen Speisewesen und verurteilte fünf davon zum Tode durch Erschießen. Weiter wurden Freiheitsstrafen von 18 Monaten bis zu acht Jahren verhängt. Über den Inhalt der Anklage berichtet die Telegrammagentur der Sowjetunion, die Untersuchung habe ergeben, daß seit Mitte 1932 in einer Reihe von

Fabrikpfeifenfabriken Glasplitter, Sand, Nägel, Haare und Droststücke in den Speisen gefunden worden seien. Man habe festgestellt, daß eine Gruppe antiliterarischer Elemente unter Leitung des ehemaligen Jaroslawitzer Grafen Oskan als Täter in Frage käme. Oskan ist bereits wegen Verstoßes gegen die Gesetze verurteilt und wegen eines Verstoßes auf einen Drogen auf einem Kollektivtät in sechs Jahren Gefängnisverurteilung verurteilt, ist aber dann aus dem Gefängnis entlassen und habe in Moskau eine systematische Schädigungsarbeit in den Fabrikpfeifenfabriken ausgenommen.

### Hochschulstudium ist Dienst

Richtlinien für die Fachschaften

Der Führer der neuen nationalsozialistischen geleiteten und staatlich anerkannten Deutschen Studentenchaft, Gerhard Krüger, hat seinen Mitarbeitern die ersten Einzelanweisungen für die Tätigkeitsgruppen in den deutschen Hochschulen erteilt. Die politische Erziehung der Studenten soll in der nationalsozialistischen Bünden erfolgen, die weltanschaulich beeinflusste wissenschaftliche Arbeit außerhalb der eigentlichen Vorlesungen und Übungen in den Fachschaften und Fachgruppen. Diese Bünden und Fachschaften sind die Stützglieder der Deutschen Studentenchaft.

Als wichtig wird die Mitwirkung der Fachschaften an der Entfaltung von solchen Vorträgen und Seminaren bezeichnet, die nicht nur der wissenschaftlichen, sondern auch der politischen Erziehung sein können, welche nicht von der gegen humanitären Bildung und vom Privatmoral, sondern von der politischen Erziehung und von einer politischen Studentenchaft her bestimmt wird.

Zu einer Fachschaft sollen alle Studenten mit dem der Fachschaft entsprechenden Studien- und Berufsweg gehören, soweit sie Mitglieder der Deutschen Studentenchaft sind. Auszuschluß aus der Fachschaft hat Ausschluß aus der Deutschen Studentenchaft und damit Ausschluß aus der Hochschule zur Folge. Die Fachgruppen sollen die Fachschaften gliedern und die Fachschaften zusammenfassen. Die vom Fachschaftsleiter angelegte Arbeit, so heißt es in den Satzungen weiter, ist Dienst. Bekämpfung des Diebstahls, Zerstörungen und der Anordnungen des Fachschaftsleiters und ununterbrechliches Verhalten werden nach sozialistischen Gesichtspunkten geübt. Im einzelnen werden die Einzelmaßnahmen nach durch ein Disziplinargesetz geregelt.

### Stiller empfängt im Braunen Haus

Wie die Reichspressestelle der NSDAP mitteilt, stattete Reichs- und Reichsminister Freiherr von Neurath am Dienstag nachmittag dem Reichsstatthalter im Münchener Braunen Haus einen Besuch ab. Anschließend beauftragte Neurath das Braune Haus und seine Einrichtungen.

Währenddessen hatte sich eine Studien- und Studiengesellschaft (StuGen) in der politischen Fakultät der Universität Perugia unter Führung des Professors Capor eingekunden. Die von Reichsstatthalter Stiller empfangen wurde. Professor Capor brachte die freundschaftlichen Gefühle der schillernden Jugend für den Nationalsozialismus und dessen Führer zum Ausdruck. Der Angeler antwortete mit einer kurzen Ansprache, in der er den italienischen Besuchern den Wunsch mit auf ihre weitere Reise gab, daß sie im neuen Deutschland das sehen und finden möchten, was sie in ihrem eigenen Vaterland nicht finden könnten. Er überreichte, was die schillernden Studenten aus dem nationalsozialistischen Deutschland sich durch ihre Zeichnungen die Achtung der Welt erringen werde.

### Der Reichsparteitag der NSDAP

Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Tageszeitung“ findet der Reichsparteitag der NSDAP Anfang September in Nürnberg statt.

# Kämpfer für deutsches Volkstum

## Führer im Grenz- und Ausland

26. Eduard Reut-Nicolussi

Eidhöf erscheint heute unter den deutschen Grenzländern in fremder Hand von einer doppelten Tragheit überhüllt. Einmal fehlt es wahrhaft unter dem Welt. Der totale Anbruch, den der schicksalige Akt im Leben der Gemeinschaft und des einzelnen anrichtet, und die Entschlossenheit der Entnationalisierungsorgane wirken zusammen, um dem deutschen Volkstum in den Kolonien, das allen deutschen Alpenführern von je besonders ans Herz gegangen war, tatsächlich eine tödliche Gefahr zu bereiten. Doch aber kommt, daß dieses Land und seine deutsche Volkgruppe eine besondere Rolle in den frühzeitigen Verläufen der nationalsozialistischen Bewegung gespielt haben, den Ring der Feinde um deutsches Land herum wenigstens an einer Stelle zu durchbrechen und damit den Anstoß für eine gefahrnde deutsche Freiheitspolitik zu gewinnen, die kein Staatsmann ohne Opfer auf den verschiedensten Gebieten zum glücklichen Ende wird führen können. Daß eine solche Lage der Volkstumsführung an Ort und Stelle, der Betretung der Südtiroler Interessen im Ausland schwere, manchmal vielteilige zusätzliche Aufgaben aufbürdet, ist begreiflich. Auch Eduard Reut-Nicolussi, einer der bekanntesten Volkstumsführer namentlich aus den ersten Kriegsjahren, hat der besonderen Tragheit, die über seinen Land und dessen Schicksal liegt, schweren Schlag zahlen müssen.

Vielleicht die größte Stunde im politischen Leben des damals 30jährigen Rechtsanwalts und Abgeordneten Dr. Reut-Nicolussi war es, als er am 28. April 1921 am offenen Grab Franz Jägermeyers, des Opfers eines schicksaligen Überfalls auf einen harmlosen Tragenden in Bozen, den Gefühlen seiner Heimat und des ganzen deutschen Volkes einen sprachlos vollendeten, erschütternden Ausdruck gab. Einige Wochen darauf trat ihn der Saupfannstörche, der Leiter jenes Bozener Überfalls, heute ein angelegener Funktionär im schicksaligen System, auf offener Straße in Rom an. Und wieder einige Monate später vollendete sich bei der Mordtatgründung des Faschismus das Schicksal Eidhöfs. Die politischen und schließlich auch die beruflichen Tätigkeitsmöglichkeiten für Reut-Nicolussi wurden immer enger, 1926 drohte ihm die Verhaftung auf angeblich falschen Anzeigen, die folgend einige Monate lang sein Zusammenwachsen mit der Kolonialpolitik als Solitär gefolgt ist, so daß er sich schliesslich verzogen zur Flucht auf österreichischen Boden entschlöß. Seither trägt Reut-Nicolussi im Guten und im Bösen das Schicksal eines Emigranten, der, ohne von der Politik im Dienst der Heimat nicht lassen will, doch zu merken oder dochzugeben zu wollen, wie sehr sich viele Entzweiung in eine nachende Entfremdung aus gegenüber dem Frontenstand gegen deutsches Volkstum verhalten, an dem er lange in vorübergehender Weise teilgenommen haben. Und sein in der Verbannung gezeichnetes Buch „Trotz allem Welt“ (1928) wird sein Werk ohne tiefe Bewegung aus der Hand liegen.

Grabe um die Zweipolitigkeiten zu verstehen, die in der heutigen Haltung Reut-Nicolussi immer deutlicher sichtbar werden, muß man auf seine Herkunft und früheren Lebenslinie zurückblicken. Die Nicolussi (den Namen Reut-Nicolussi zum mittleren Gedächtnis hat der einige Träger dieses Doppelnamens auch als Einzelnamen) sind aus Soltau gebürtig, so daß er sich schliesslich verzogen zur Flucht auf österreichischen Boden entschlöß. Seither trägt Reut-Nicolussi im Guten und im Bösen das Schicksal eines Emigranten, der, ohne von der Politik im Dienst der Heimat nicht lassen will, doch zu merken oder dochzugeben zu wollen, wie sehr sich viele Entzweiung in eine nachende Entfremdung aus gegenüber dem Frontenstand gegen deutsches Volkstum verhalten, an dem er lange in vorübergehender Weise teilgenommen haben. Und sein in der Verbannung gezeichnetes Buch „Trotz allem Welt“ (1928) wird sein Werk ohne tiefe Bewegung aus der Hand liegen.

Auch in seiner Heimat, wo er in eine der angesehensten Familien des Landes hineingeboren wurde, begann er seine politische Tätigkeit als Mann der Jugend und der Jugend, der bürgerlichen Christlich-Sozialen. Wenig weichte sich seine Weltanschauung, namentlich auch auf dem Boden des römischen Parlaments und später im Kleinsten mit der Verwaltungswelt zu einem Kampf um deutsches Volkstum schicksalig auf dem Untergrund einer großdeutschen Meinung aus, deren schwarz-weiße Färbung zeitweise verblasste. Auch schied sich durch diese Tätigkeit sein politischer Blick für das Reichsvolkstum, das über den üblichen deutschen Gebirgsgebirge, Trophäen überwand Reut-Nicolussi, wie viele seiner Landsleute, nie ganz die Enge eines habsgurglich-katholisch bestimmten Troler Sonderbewusstseins. Und sein absoluter Kampf gegen den Faschismus, seine Unfähigkeit, am Staatsmann Nicolussi auch nur ein einziges gutes Haar zu finden, die in ihrer religiös-fanatikalischen Überlieferung gelegentlich an Götzenbildern gegen Napoleon erinnert: all das bedeutet nicht nur die Verwurzelung des deutschen Volkstums gegen das Weltbild, sondern einer schicksaligen Volks- und Staatsaufstellung gegen das neue Rom. Und grade weil Reut-Nicolussi in dieser so einzig gearteten Kampfstellung vereint, die ihn aus der gefahrbedingten Front fast unmerklich hinausgebrängt hat, steigert er sich in eine Kreuzungsmischung hinein, die ihn namentlich seit seiner Verhaftung nach Innsbruck auch von der nüchternen Meinung seiner Heimat und erst recht von der dort nachwachsenden deutschen Jugend trennt.

Denn während Reut-Nicolussi sich dem Gefühl der Ohnmacht eines wirkungslosen Jähens des Auslands-

propaganda verzweifelt und damit wachlos am Bundesgenossen seines Lebenskampfes gegen den Faschismus qual, gleitet er Schritt für Schritt in eine fanatische Feindschaft gegen den deutschen Nationalsozialismus hinein und macht sich seine großdeutsche gefühnte Studenten zu Gegnern, denen er, der Verfasser einer wertvollen Arbeit über das altösterreichische Nationalitätenrecht in Reichsliste, Völkerricht, dazwischen soll und deren Nationalbewusstsein er durch blutige Verurteilungen über Hindenburg reißt. So gerät ein südtiroler Deutschstammführer, der Einheitsbereitschaft bis zum letzten, eine glühende Heimatliebe und eine laute deutsche Meinung oft genug bewiesen hat, als Emigrant auf die schiefste Ebene einer Politik, die sein Bild als Güterpersönlichkeit von Tag zu Tag mehr trübt.

Mit Rücksichtlosigkeiten folgt seine Heimat wieder Entfaltung. Da müßt sich der wahre Konfliktus G a m e r um Wahrung der letzten selbstgerechten Rechte, die dem fremden

## Hitlers Wille führt

Italienische Stimme über Deutschland

Unter der Ueberblichkeit „Nach der Unterzeichnung des Kontraktes: die volle Eroberung der Macht“ schreibt die „Luzerne“, „Stamp“ u. a., die Ankündigung, Hitler sei der Gefangenengefangenen und der realistischen Schichten des alten Deutschlands, sei von den Ereignissen entschieden widerlegt worden. Von den früheren Verbindungen des Nationalsozialismus seien in der Regierung geblieben, die, wie von Varen und Selbst, sich dem Willen Hitlers gefügt hätten. Wer ihm widerstreben wollte, sei ohne Kompimente ausgeschaltet worden, wie der hartnäckige Verteidiger des Vortagesdeutschlands, der frühere Reichsminister Hugenberg.

Die Anti-Hitler-Welle vor allem in den angestrichelten Ländern sei in erster Linie durch die Maßnahmen gegen die Widerstände hervorgerufen worden. Das bedeutet eine offene und lebhaft Feindschaft, mit der das neue Regime in Deutschland rechnen müsse: „Glaube aber nicht im geringsten, daß es Schritte nach rückwärts gibt.“ Der Nationalismus habe grade in der Richtung der deutschen Volkstums eine der härtesten Entscheidungen der Propaganda gehabt, denn das entspräche im Grunde der deutschen Seele. Die Juden hätten den schicksalsschweren Fehler begangen, sich mit den Kräften und Parteien des aktiven

## Neue Aufgaben des Hanja-Bundes

Nachdem der Hanja-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie vor einiger Zeit umgeändert worden ist, stellte sich der neue geschäftliche Präsident, Dr. Hans Peter Dr. Danieli (Berlin), gestern Vertretern der Presse vor.

In der Begrüßungsansprache erklärte das Präsidiummitglied, Dr. Kurt Röhrer (Sonderburg), der Hanja-Bund erkenne heute in den tragenden Grundrissen des Nationalsozialismus, eine, wie er jetzt vor Augen sehe und wie er durch eindeutige Erklärungen des Führers und Reichskanzlers Hitler erläutert sei, das in die Zukunft weisende Programm des nationalen Wiederaufbaus.

Über die Aufgaben des Hanja-Bundes im neuen Deutschland sprach Hans Dr. Danieli. Er ging davon aus, daß zwei Ideen, die im nationalsozialistischen Staat eng miteinander verknüpft seien, die Grundzüge für die Arbeit des Hanja-Bundes im neuen Deutschland bildeten: die Idee der Wirtschaftsfreiheit innerhalb der organisierten Volksgemeinschaft und die Idee des Dienens der Wirtschaft an Volk. Beides schied sich nicht aus, sondern bedingte sich gegenseitig. In diesem Sinne sehe der Hanja-Bund seine Aufgabe in der Förderung der Privatinitiative des deutschen Unternehmertums und vor allem darin, das eine im nationalsozialistischen Staat nicht gerechtfertigt, aber heute noch in manchen Kreisen bestehende Angst vor unorganisierten Eingriffen in die Wirtschaft beseitigt werden.

Die Aufgabe des Bundes liege vor allem darin, die Selbsthilfe der Wirtschaft zu fördern und bei der neuen gesellschaftlichen Regelung des Wirtschaftserfolgs praktische Erfahrungen im Sinne des neuen Deutschlands zu verwerten. Er werde mitarbeiten an der Umgestaltung des Aktienrechts, des Kartellrechts, des Steuerrechts, an der Preislenkungs- und der Geldhaltung des neuen Völkerrichts. Der Hanja-Bund werde dafür eintreten, daß der Export gefördert werde. Für die Binnenwirtschaft müßten alle Verbote für Propaganda des Verbrauchs deutscher Waren gestrichelt werden.

Im Ausnahmefall ergreife Staatsvertreter von Natur ein Vordringensverbot aus dem Wort. Er bestehe, im neuen Deutschland müsse immer die Idee im Vordergrund stehen, daß alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen nur mit dem Willen auf das Volksganze, nicht auf Rücksicht auf einzelne Gruppen getroffen werden dürften.

## 291 Druckschriften in Preußen verboten

Der preussische Minister des Innern hat ein neues Verzeichnis sämtlicher für das Land verbotener ausländischer Druckschriften bekanntgegeben. In dem Verzeichnis vom 1. Juni waren 292 Zeitungen und Zeitschriften genannt; nach dem Stande vom 1. Juli 1938 sind 291 Druckschriften in Preußen verboten, die sich auf 21 verschiedene ausländische Staaten verteilen.

Zahlenmäßig an der Spitze steht wieder die Tschechoslowakei, diesmal mit 74 Schriften (vorher 66). Es sind meist Schriften,

höchstensbändigst Alerus noch verbleiben sind, zumal neuerdings der Baltik in seiner Haltung gegenüber dem schicksaligen Staat wandern zu werden beginnt. Die letzten parlamentarischen Druckschriften aus dem vorkriegsdeutschen Zeit, der feindliche und vornehmste Baron Sternbach und der Reichsminister Dr. Zinal haben sich völlig ins Privatleben zurückgezogen. Eine Führung aus der jungen Generation heraus läßt der „totale Staat“ kaum aufkommen. Das südtiroler Volkstum droht in einem Dornröschenschlaf zu verfallen, der im Leben der Völker nicht immer so glücklich ausläuft wie im Märchen.

Das Schicksal des Landes und seines Volkstums hängt am unbekannten Vorkriegsleben, dem sein deutsches Herz auf dem rechten Fuß ist, an dem unbekannten Seelenführer, die durch deutschen Unterricht Kopf und Kräfte aufs Spiel setzt, an einigen unbekannten jungen Leuten, die vielleicht doch einmal Führer sein können. Schon heute aber sind im jugendunbekannten Schicksale viele unbekannte und tapferer deutsche Männer und Frauen Kämpfer für deutsches Volkstum, denen unter ganze Lähmung in unlösbarer Volkserbundenheit gebührt.

H u g a.

und verbleibenden Institutionen zu identifizieren und sie sogar all zu teilen.

Die bürgerlichen Kreise in Landwirtschaft und Industrie, die einen Nationalsozialismus zu eigenem Nutzen und Gebrauch, d. h. ausschließlich antimarkistisch, erträumt hätten, seien empört und begreifen nicht, daß eine Partei mit so engen Gesichtspunkten niemals die große Welle des Volkes zu sich hätte heranziehen können. So handle sich um einen sieghaften Kampf, in dem Hitler bereits wieder sein genau abgelesenes realistisches Urteil bewies.

\*

Das Rundschreiben des Reichsinnenministers an die Statthalter und die Statthalterverweser in den Provinzen, das die Verfassung, „Daily Express“ bringt die Mitteilung in großer Aufmerksamkeit auf der ersten Seite der Ueberblichkeit: „Hitler zieht die Bremse an“ und schreibt, die Vorbereitung sei einzig das Stehen in der Geschichte der großen politischen Revolutionen der Welt. „Daily Telegraph“ bezeichnet die Verordnung als klar und eindeutig. „Times“ schreiben in ihrer Berliner Meldung, mit dem Verbotenden aller anderen Parteien, der Errichtung der neuen und unbekannten Macht in ganz Deutschland und der darauf folgenden Verbotenden des Nationalsozialismus hätten sich und seine Vertreter augenblicklich beschließen, die Bremse energisch an die Parteimeinung anzulegen. Sie hätten den Führern unter dem Parteimeinungsbildung Einhalt geboten, deren weitere politische Eingriffe die Außenarbeit hindern könnten, der sich die Nationalsozialisten nimmende widmen wollten.

die in den Grenzgebieten entstehen. Am zweiten Ende steht Österreich, diesmal mit 48 Druckschriften (vorher 37); von diesen 48 Schriften kommen 37 aus Wien, darunter der Wiener „Tag“, der „Morgen“, die „Reichspost“. Es folgt Frankreich mit 38 (vorher 31) Zeitungen; unter den im Juli neu verbotenen sind „Quintessence“ und drei deutsche Zeitschriften, die neuerdings in Paris erscheinen; die übrigen Verbote betreffen meist eisenloshörigste Blätter.

Die bürgerlichen Kreise betreffen 12 Verbote, darunter die Zeitschrift „The Nation“. Aus Argentinien, Kanada, Island und je zwei Zeitungen verbotener aus Deutschland, Schweden die drei aus Spanien folgten. England wird in der Verbotliste in fünf Fällen aufgeführt, darunter „Manchester Guardian“ und „Daily Herald“, Island erscheint neunmal, Luxemburg fünfmal, das Saargebiet nicht in acht Fällen. Die Schweiz ist in der Verbotliste mit 11, vorher mit 9.

## Deutsche Kunst

Zu unserem gestrigen Referat über den Vortrag von Dr. Schardt in der Kunstbühnen-Gesellschaft zitieren wir noch eine Bemerkung des „Bäilichen Beobachters“, die wir einer längeren Zeit entnehmen:

„Als Kunstschaffende hätte A. Schardt aber wissen müssen, daß diese Kunst sich formal aus der Materialgebundenheit entwickelt hat und daß die Dargestellte die erste, noch im Unterbewusstsein vorangeordnete Kunstschöpfung eines Volkes ist, von der die direkte Verbindungslinie zu den späteren freischöpferischen Formgestaltungen führt. Wie eigenartig Schardt die gesamte deutsche Kunstgeschichte in das Produktivste freischöpferische Dargestelltebilden spannen will und wie im höchsten Maße subjektiv seine Meinungen sind, geht daraus hervor, daß Schardt die höchsten Werten deutscher Kunst der nachmittelalterlichen Zeit negiert und fortwirft, nur weil sie nicht in seine Dargestellte passen. Er sprach von „italienischen Kunst“, das herrschende Geschick der Plastik des 13. Jahrhunderts, die Eifertigkeiten des Raumwunders Domes, nannte er romanisch überformet, und Becklin erwies er — schädiest! — nur eines hat nach seiner Meinung Bedenken: der moderne Expressionismus und die Wärfreier. Solche, über den wir hier schon ausgesprochen haben, von der die direkte Verbindungslinie zu den späteren freischöpferischen Formgestaltungen führt, die in dem inneren Intellektuellen spezifischen Preisemissions, das sind die „nordischen“ Künstler Schardt.“

## Aufsichtsratswechsel beim W. T. F.

Aus dem Aufsichtsrat des Weimarer Telegraphen-Büros sind die ehemalige Springer und Trumpa ausgetreten. Stattdessen Delbrück und Reichsmann, Dr. Johannes Becker wurden wieder, Stattdessen Paul Baum, Berleger Brudmann und Rechtsanwalt Riederer-Bühnen neuernannt. Der Vorsitz übernimmt Berleger Brudmann.

Verantwortlich  
für den redaktionellen Teil: Dr. Gerhard Thimm, Berlin,  
für den Anzeigen-Teil: i. V. Otto Hanke, Berlin  
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal  
wöchentlich — Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen  
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G. BERLIN





Fortsetzung folgt

**Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland**  
Im Osten und im Alpenvorland noch stärker bewölkt mit Regen, sonst überall Wetterbesserung mit noch vereinzelt Niederschlägen, allgemein ziemlich kühl.

### Wirkung der Regierungsmaßnahmen

**USA-Automobilfabrik als Brauerei.** Die amerikanische Automobilfabrik Peerless Motor Car Co. hat beschlossen, sich dem Brauergewerbe zuzuwenden. Dazu wird aus New York noch gemeldet, daß die Gesellschaft auf ihrem Fabrikgelände in Cleveland eine Brauerei mit einem Kostenaufwand von einer halben Million Dollar errichtet, deren Bierausstoß jährlich 150 000 Barrels, d. h. rund 176 000 Hektoliter, betragen soll.

der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit den Oberberg- rat Winnacker beauftragt, die von Oberpräsident Brückner bei seiner Anwesenheit in Beuthen angeschnittenen Verhältnisse der obereschlesischen Wirtschaft zu prüfen und in befriedigender Weise zu ordnen.





